

Hilfe für die Nachbarn

Nicht Deutschlands Dynamik vertieft die Kluft in der Euro-Zone, sondern die gemeinsame Geldpolitik.

Vom kranken Mann Europas ist längst nicht mehr die Rede, wenn es um Deutschland geht. Beim Wirtschaftswachstum spielt die Bundesrepublik im Vergleich zu den Partnern in der Euro-Zone inzwischen in einer Liga für sich. Um 2,2 Prozent legte Deutschland im zweiten Quartal gegenüber den ersten drei Monaten zu, mehr als jeder andere große Staat in der Währungsunion.

Für Kanzlerin Angela Merkel und ihren Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) hat die Entwicklung nur einen besorgniserregenden Aspekt: Die

Entwicklung zu Hause. Deshalb stellt sich die Frage, ob die womöglich besser verlaufen wäre, wenn Deutschland nicht so stark wachsen würde.

Der Debatte, die von Frankreichs Finanzministerin Christine Lagarde schon im Frühjahr mitangezettelt wurde, liegt eine schlichte Annahme zugrunde: Deutsche Unternehmen verschaffen sich, begünstigt durch bescheidenere Lohnabschlüsse und den Ausbau des Niedriglohnssektors, Vorteile gegenüber Konkurrenten aus den anderen Euro-Ländern und schnappen ihnen Aufträge weg. Außerdem ver-

ben. Im Gegenteil: Französische, spanische oder italienische Firmen und deren Arbeitnehmer profitieren sogar davon, wenn es der deutschen Wirtschaft gutgeht. Steigen hierzulande Gewinne und Einkommen, importieren deutsche Konsumenten mehr aus den Nachbarländern, und deutsche Unternehmen ordern dort mehr Vorprodukte.

Während die hiesige Wirtschaft Fahrt aufnahm, belebten sich auch die Importe merklich. Die Folge: Französische Unternehmen etwa konnten in den ersten sechs Monaten 2010 ihre Verkaufserlöse in Deutschland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast sechs Prozent steigern. Spanien schaffte ein Plus von zwölf Prozent, selbst das marode Griechenland legte bei den Ausfuhren nach Deutschland um neun Prozent zu.

Indem die Deutschen in diesen und anderen Ländern Rotwein, Datteln oder Autos kauften, sicherten sie dort Einkommen und Beschäftigung. Bei schlechterer Wirtschaftslage zwischen Rhein und Oder ginge es diesen Ländern deutlich schlechter.

Dennoch könnten die Fliehkräfte in der Währungsunion durch die ungleiche Entwicklung zunehmen. Ursache dafür ist die gemeinsame Geldpolitik. Für das rasch wachsende Deutschland sind die Zinsen bald schon zu niedrig. Mit Rücksicht auf die dümpelnden Staaten rund ums Mittelmeer dürfte die Europäische Zentralbank die Leitzinsen aber bis weit ins nächste Jahr hinein auf ihrem Rekordtief lassen.

Der Aufschwung in Deutschland wird durch das billige Geld zusätzlich befeuert, was wiederum Gefahren birgt. Steht die Wirtschaft ohnehin schon unter Dampf, steigen Preise und Löhne bei anhaltender Geldschwemme schneller als in den Nachbarländern.

Das verschlechtert Deutschlands Wettbewerbsposition. Was für deutsche Unternehmen eine Herausforderung darstellen mag, bietet eine Chance für die Nachbarländer: Produkte aus Frankreich oder Spanien werden günstiger.

Eine solche Konstellation gab es in der Geschichte der Währungsunion schon einmal, nur mit umgekehrter Ausgangslage. Vor zehn Jahren boomten die Länder an der Peripherie – und die Bundesrepublik hinkte hinterher.

Damals legten Wirtschaft und Politik mit teils schmerzhaften Reformen den Grundstein für Deutschlands Wettbewerbsstärke. Folgen die derzeitigen Problemländer dem Beispiel, stehen sie in einigen Jahren wieder besser da. Die jüngste Entwicklung zeigt: Schaden wird das niemandem. **CHRISTIAN REIERMANN**



Finanzminister Lagarde, Schäuble: *Attacke aus Paris*

neue Dynamik könnte eine alte Debatte wiederbeleben, die sich gerade erst gelegt hatte. Wächst Deutschland auf Kosten seiner Nachbarn?

Statistisch gesehen lautet die Antwort eindeutig nein. Im Gegenteil, Deutschland treibt das Wachstum in der Euro-Zone in die Höhe. Die elf Euro-Länder, die bislang ihre Zahlen veröffentlicht haben, legten im zweiten Quartal zusammen um ein Prozent zu. Ohne Deutschland wäre ihr Wachstum nur halb so hoch ausgefallen.

Doch die Bürger in Frankreich (plus 0,6 Prozent) oder Österreich (plus 0,9 Prozent) haben nichts von der statistischen Verbesserung. Sie spüren nur die

nachlässigten die Deutschen ihre Binnennachfrage und kauften deshalb auch zu wenig Produkte aus dem benachbarten Ausland.

Die Argumente der Französin indes nicht schlüssig. Ein Mercedes oder ein BMW bleibt, Lohnzurückhaltung hin, Hartz-Gesetze her, teurer als ein Renault oder Peugeot – und werden in China trotzdem gekauft, gerade weil sie Mercedes und BMW sind.

Das Gleiche gilt für Werkzeugmaschinen oder Spezialchemikalien. In vielen Bereichen konkurrieren deutsche Unternehmen überhaupt nicht mit anderen Firmen aus Europa, weil die nichts Vergleichbares zu bieten ha-